

Nr. 8

August 2006

Informationen der CDU-
Gemeinderatsfraktion
Karlsruhe

Redaktion
Gabriele Luczak-Schwarz
Kerstin Rudolph

V.i.S.d.P.
Kerstin Rudolph



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

am 2. Juli wurde **Oberbürgermeister Heinz Fenrich** mit 55,49 % der Wählerstimmen klar in seinem Amt bestätigt. Die CDU-Fraktion Karlsruhe gratuliert Heinz Fenrich herzlich zu diesem überzeugenden Ergebnis und wünscht ihm für seine zweite Amtszeit alles Gute und viel Erfolg.

Dass die Karlsruher ihrem Oberbürgermeister mit so großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen haben, ist der Lohn für die hervorragende Politik der letzten acht Jahre. Mit diesem Vertrauensbeweis der Wählerinnen und Wähler ist Kontinuität an der Verwaltungsspitze gewährleistet und Fenrich kann seine erfolgreiche Arbeit fortführen.

Die CDU-Fraktion war für Heinz Fenrich in der Vergangenheit ein verlässlicher Partner und wird dies auch in Zukunft sein. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit zum Wohle aller Karlsruher Bürgerinnen und Bürger.

Das Regierungspräsidium Freiburg hat dem Black-Forest-Airport in Lahr eine eingeschränkte Passagierfluglizenz erteilt und genehmigt, dass dort künftig Passagierflüge mit Gästen des Europa-Parks in Rust abgefertigt werden. Lahr wurde damit der Status eines Sonderflughafens zuerkannt.

Die CDU-Fraktion bedauert diese Entscheidung ausdrücklich. Für die weitere positive Entwicklung des **Flughafens Karlsruhe/Baden-Baden** wäre die Beibehaltung des Status quo die beste Variante gewesen. Die Baden-Airpark-Beteiligungsgesellschaft hat sich darüber hinaus dazu entschlossen, ihre Anteile an der Baden-Airpark-GmbH nicht dem Land Baden-Württemberg oder dem Flughafen Stuttgart zur Übernahme anzubieten. Die notwendige Einstimmigkeit konnte in der Gesellschafterversammlung nicht hergestellt werden. Zu hoffen bleibt, dass nun zumindest die Funktion des Flughafens Lahr als „Sonderflughafen“ im Landesentwicklungsplan festgeschrieben und die Erteilung einer Voll-Lizenz verhindert wird. Die TechnologieRegion Karlsruhe benötigt einen erfolgreichen Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden; einen ruinösen Wettbewerb mit dem Black-Forest-Airport kann sich keine der beteiligten Kommunen leisten. Der Steigflug des Baden-Airport muss unbedingt fortgesetzt werden.

Das Gesicht des **Zoologischen Stadtgartens** wird sich in den nächsten Jahren erheblich verändern. Aufgrund neuer Vorschriften entspricht insbesondere die Unterbringung der Großtiere nicht mehr den aktuellen Anforderungen an eine artgerechte Tierhaltung. Die Betriebsgenehmigungen für die Haltung verschiedener Tierarten sind zunehmend gefährdet. Da größere Gehege erforderlich sind, muss die Gesamtfläche des Zoos erweitert werden. In einer ämter-

übergreifenden Projektgruppe wurden sechs Varianten geprüft. Der Gemeinderat hat sich schließlich für eine schrittweise Weiterentwicklung in Richtung Tullabad und Sallenwäldchen entschieden. Es muss nun ein schlüssiges Gesamtkonzept vorgelegt werden; hierzu wird ein entsprechender Wettbewerb durchgeführt. Bis zum Jahr 2015 soll das neue Zookonzept vollständig realisiert sein.

Der inzwischen über 140 Jahre alte Zoo war für Karlsruhe immer ein Alleinstellungsmerkmal, für die Bürgerinnen und Bürger ist er zusammen mit dem Stadtgarten eine beliebte grüne Oase im Herzen unserer Stadt. Wir sind uns sicher, dass unser Zoo mit den ins Auge gefassten Veränderungen künftig ein noch attraktiverer Anziehungspunkt sein wird.

Das **Wildparkstadion**, das im Jahr 1955 fertig gestellt wurde, kann die heutigen Erwartungen und Anforderungen an Attraktivität, Komfort und vor allem Sicherheit nicht mehr erfüllen. Der Gemeinderat hat sich daher grundsätzlich für den Umbau des Stadions in eine reine Fußballarena für etwa 35.000 Zuschauer ausgesprochen. Der Umbau und die anschließende Vermietung sollen von der Wildparkstadion Karlsruhe GmbH & Co. KG, deren Gründung der Gemeinderat in seiner Sitzung am 25. Juli zugestimmt hat, vorgenommen werden. Es ist zudem vorgesehen, dass - sobald der KSC ein schlüssiges Konzept zur Finanzierung des Umbaus vorlegt - die Stadt das Stadion und die dazu gehörenden Grundstücksflächen in diese Besitzgesellschaft einbringt, im Gegenzug Gesellschaftsanteile erwirbt und ihre Haftung auf deren Wert plus einer Bareinlage von 49.000 Euro beschränkt. Für die Bewirtschaftung und den Betrieb des Stadions wird der KSC bzw. eine entsprechende Gesellschaft verantwortlich sein. Um die überzeugendste Lösung für die architektonische Ausgestaltung zu finden, wird ein Wettbewerb durchgeführt. Dieser soll zudem Kostensicherheit gewährleisten. Die CDU-Fraktion unterstützt diese Vorgehensweise. Allerdings war für uns von Anfang an klar, dass der KSC ein seriöses Finanzierungskonzept erarbeiten muss, aus dem die Stadt und das Land klar ersehen können, inwieweit die Verwirklichung des Gesamtprojekts realistisch ist. Insofern ist der KSC nun am Zug.

Ihr **Wolfram Jäger**
Fraktionsvorsitzender



**Fraktionsvorsitzender
Wolfram Jäger**

Wärmenutzung aus Abwasser

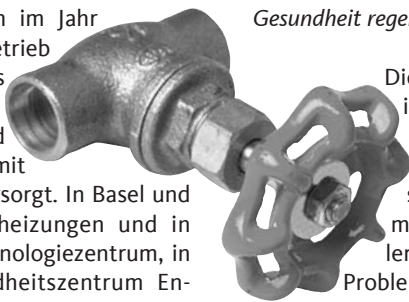
Die Erschließung alternativer Energiequellen wird angesichts des allgemeinen Klimawandels und weiter steigender Energiepreise immer wichtiger. Ein großes Potenzial bietet unser Abwasser. In Deutschland enthält es genügend Energie, um zwei bis vier Millionen Wohnungen mit Wärme oder Kühlung zu versorgen. Die Technologie ist effizient: Wärmetauscher und -pumpen ermöglichen es, Energie aus Abwasser zurückzugewinnen und zum Beispiel zur Raumheizung oder Warmwasserbereitung zu verwenden. Abwasser weist ganzjährig relativ hohe Temperaturen auf und ist damit eine ideale Wärmequelle für dieses System.

Als Standorte für eine solche Energiegewinnung eignen sich vor allem Bauten oder Quartiere mit einem hohen Wärmebedarf, die sich in der Nähe von großen Abwasserkanälen oder Kläranlagen befinden. Einige Städte im In- und Ausland nutzen die entsprechende Technik bereits: Die Stadtwerke Waiblingen haben schon im Jahr 1986 ein Heizwerk in Betrieb genommen, welches das Rathaus, aber auch andere öffentliche Bauten und sogar private Gebäude mit Wärme aus Abwasser versorgt. In Basel und Oslo gibt es Abwasserheizungen und in Singen erhalten ein Technologiezentrum, in Leverkusen das Gesundheitszentrum Energie aus Abwasser. Weitere Projekte an unterschiedlichen Standorten sind in Planung.

Die Stadträte Wolfram Jäger, Gabriele Luczak-Schwarz und Dr. Hans-Jürgen Vogt haben sich daher mit folgendem **Antrag** an die Stadtverwaltung gewandt:

Die Stadtverwaltung wird gebeten,

- 1. in einem ersten Schritt Potenziale abzuklären und geeignete Standorte für eine Energiegewinnung aus Abwasser in Karlsruhe zu ermitteln.*
- 2. in einem zweiten Schritt das Potenzial systematisch zu untersuchen und die Ergebnisse in einer Energiekarte darzustellen.*
- 3. in einem dritten Schritt die technische Machbarkeit und die Wirtschaftlichkeit der Energienutzung aus Abwasser an den konkreten Standorten auszuloten.*
- 4. über die Ergebnisse der verschiedenen Schritte den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit regelmäßig zu informieren.*



Die Stadtverwaltung teilte in ihrer Stellungnahme mit, dass sie sich mit diesem Thema bereits beschäftigt und Gespräche mit Anbietern und Herstellern geführt habe.

Problematisch sei in Karlsruhe, dass das Kanalnetz aufgrund der vorgegebenen Topographie ein geringes Gefälle aufweist. Entscheidender Punkt für eine

mögliche Umsetzung solcher Energieprojekte sei jedoch die Frage der Wirtschaftlichkeit; die Anlagen seien nicht rentabel zu betreiben.

Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz wies in der Gemeinderatssitzung darauf hin, dass „die Wärmegegewinnung aus Abwasser im Vergleich zu den Energieträgern Sonne und Wind überaus wirtschaftlich ist.“ Eine solche Anlage müsse nach der Vollkostenrechnung bewertet und dabei auch Faktoren wie die Langlebigkeit berücksichtigt werden. „Für die Kanalwärmetauscher wird beispielsweise eine Lebensdauer von 50 Jahren angesetzt, weshalb die Abschreibungszeit entsprechend länger und die Wirtschaftlichkeit anders zu beurteilen ist“, sagte Gabriele Luczak-Schwarz. Weiterhin werde der Verbrauch der Primärenergie erheblich gesenkt, die Schadstoffmengen könnten gegenüber der konventionellen Versorgung um etwa 28 % reduziert werden, die ökologische Bilanz könne sich insgesamt sehen lassen. Sicherlich wäre es dennoch hilfreich, wenn für entsprechende Projekte Partner aus der Privatwirtschaft gewonnen werden könnten.

Der CDU-Fraktion ist es wichtig, weitere Informationen zu diesem Thema und insbesondere zur Frage der Wirtschaftlichkeit zu erhalten. Deshalb wird sich zunächst der Bauausschuss erneut mit den Möglichkeiten einer Energiegewinnung aus Abwasser beschäftigen.

Trinkwasserspender für Karlsruher Schulen?

Um Informationen zur möglichen Versorgung der Karlsruher Schulen mit Trinkwasserspender zu erhalten, hatten die Stadträte Wolfram Jäger und Christiane Staab folgende **Anfrage** an die Stadtverwaltung gerichtet:

- 1. Wäre es denkbar, an allen Karlsruher Schulen Trinkwasserspender aufzustellen?*
- 2. Welche Wasserspender kommen hierfür aus welchen Gründen in Betracht? Welche Spender sind nicht geeignet?*
- 3. Gibt es Städte in Deutschland, an deren Schulen die Schülerinnen und Schüler bereits mit (kostenlosem) Trinkwasser versorgt werden?*
- 4. Wie könnte ein Konzept zur Aufstellung entsprechender Wasserspender an den Karlsruher Schulen aussehen?*
- 5. Wie könnte ein Modell zur Finanzierung der Aufstellung bzw. des Betriebs von Trinkwasserspender aussehen? Mit welchen Kosten ist im Regelfall zu rechnen? Wäre ein Sponsoring denkbar?*

Begründung: Studien haben ergeben, dass Ermüdungserscheinungen und Konzentrationsschwierigkeiten bei Kindern in vielen Fällen mit Flüssigkeitsmangel zusammenhängen. Eine (kostenlose) Versorgung der Schülerinnen und Schüler mit Trinkwasser würde hier entsprechend vorbeugen und zu einer besseren Aufnahmefähigkeit im Unterricht beitragen. Insbesondere im Ausland sind an zahlreichen Schulen

Trinkwasserspender vorhanden und werden von den Schülern sehr gut angenommen.

Die hervorragende Qualität unseres Karlsruher Trinkwassers ist allgemein bekannt; dieses Wasser könnte folglich in entsprechenden Spendern eingesetzt werden.

Es gibt zahlreiche Arten von Trinkwasserspender. Durch regelmäßiges Reinigen und Desinfizieren, aber auch die Wahl des geeigneten Standorts oder den Anschluss des Spenders an das öffentliche Leitungsnetz können ein eventuelles Auftreten von Keimzellen vermieden und damit die Vorgaben der Trinkwasserverordnung eingehalten werden.

Damit für die Stadt Karlsruhe möglichst keine zusätzlichen Kosten entstehen, sollte versucht werden, Sponsoren zu gewinnen.

Die Stadtverwaltung hat mitgeteilt, dass es grundsätzlich möglich sei, an den Schulen Wasserspender aufzustellen. In Betracht kommen würden insbesondere Trinkbrunnen, Trinkwasserschankanlagen und Trinkwasser aus dem Hauswasserhahn. Dagegen seien Watercooler mit Kunststoffbehältern, die nicht direkt an das Leitungsnetz angeschlossen werden und bei denen Verkeimungsgefahr besteht, keine Alternative. Die Anschaffungskosten für entsprechende Geräte seien teilweise sehr hoch. Zudem müssten die Rohrleitungen und die Wasserqualität überprüft werden.

Die CDU-Fraktion ist damit einverstanden, dass mit Hilfe einer Analyse bei den Karlsruher Schulen nun zunächst der Bedarf ermittelt wird und die Ergebnisse anschließend im Schulbeirat vorgestellt werden.

Kulturempfang der CDU-Fraktion

Über 250 Gäste waren der Einladung der CDU-Gemeinderatsfraktion zum Empfang unter dem Motto „Politik trifft Kultur“ im Sandkorn-Theater gefolgt.

Fraktionsvorsitzender Wolfram Jäger wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass der Kulturbereich der CDU-Fraktion besonders am Herzen liegt. „Der Ruck, den die Kulturhauptstadtbewerbung bei den Kulturschaffenden wie auch bei den Bürgerinnen und Bürgern ausgelöst hat, muss aufgenommen und weitergetragen werden“, sagte Jäger. Die CDU-Fraktion werde sich insbesondere dafür einsetzen, dass die Leitprojekte der Bewerbung nach und nach verwirklicht werden. Mit dem Platz der Grundrechte sei, so Jäger, ein wichtiges Projekt bereits umgesetzt worden. Zudem würden die Planungen zum Kreativpark Ostauve vorangetrieben und weitere Folgeprojekte im Rahmen des von Oberbürgermeister Heinz Fenrich initiierten Masterplans eine entscheidende Rolle spielen.

unter anderem über neue Wege im Bereich der Kulturförderung. Fenrich wies darauf hin, dass eine Evaluierung der zahlreichen kulturellen Aktivitäten durchgeführt und gemeinsam mit den Kulturschaffenden und -trägern geprüft werde, welche Rolle sie im Kulturgefüge der Stadt einnehmen und wie der Einsatz von Fördergeldern optimiert werden kann.



(v.li.) Angelika Stepken, Wolfram Jäger, Dr. Hans-Jürgen Vogt, Heinz Fenrich, Prof. Dr. Siegfried Kreiner



Interessante Gesprächsrunde zur Kulturpolitik

Bei der von Stadtrat Dr. Hans-Jürgen Vogt moderierten Talkrunde diskutierten Oberbürgermeister Heinz Fenrich, Professor Dr. Siegfried Kreiner (Intendant des Sandkorn-Theaters), Angelika Stepken (Geschäftsführerin des Badischen Kunstvereins) und Wolfram Jäger

Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer darin, dass Kinder und Jugendliche auch im Bereich der Kulturarbeit eine zentrale Rolle spielen und das hier vorhandene Potential weiter ausgebaut und gefördert werden muss. Die Kulturschaffenden sollten sich insbesondere bei der Ganztagesbetreuung von Schülerinnen und Schülern verstärkt einbringen.

Der offizielle Teil des Abends wurde musikalisch umrahmt von der Gruppe Bleu Ciel, die mit ihren Chansons französisches Flair im Sandkorn verströmte. Schauspieler des Sandkorn-Theaters zeigten Ausschnitte aus ihrem Kabarett „Versiebt in Berlin“ und nahmen die neue Bundesregierung aufs Korn, verschonten aber auch die Karlsruher Kommunalpolitik nicht von kleinen Seitenhieben.

Beim anschließenden Stehempfang wurde angeregt über Politik, Kultur und viele andere Themen diskutiert. Fazit des abwechslungsreichen Abends: Die CDU-Fraktion hat mit ihrem Empfang direkt ins Schwarze getroffen!

CDU-Fraktion im Prinz-Max-Palais

Über die Aktivitäten der verschiedenen kulturellen Einrichtungen, die im Prinz-Max-Palais untergebracht sind, informierte sich die CDU-Fraktion. Das Gebäude ist Domizil des Stadtmuseums und beherbergt neben der Kinder- und Jugendbibliothek und der Kinemathek das Museum für Literatur am Oberrhein und die Literarische Gesellschaft. Professor Dr. Hansgeorg Schmidt-Bergmann, Vorsitzender der Literarischen Gesellschaft/Scheffelbund und Leiter des Museums für Literatur am Oberrhein, berichtete von dem harmonischen Zusammenwirken und der gegenseitigen Unterstützung der Kultureinrichtungen im Prinz-Max-Palais. Diese Konstellation sei bundesweit einmalig. Schmidt-Bergmann wies insbesondere auch auf den Scheffel-Preis, der für die beste Abiturleistung im Fach Deutsch verliehen wird, hin: „Angesichts der großen Schwierigkeiten, die zahlreiche Schülerinnen und Schüler im Fach Deutsch haben, sind Preise für herausragende schulische Leistungen in diesem Bereich besonders wichtig.“ Die Verbesserung der sprachlichen Kompetenz und die Vermittlung kultureller Traditionen seien zentrale Aufgaben der schulischen Ausbildung und müssten auch darüber hinaus gefördert werden.

Wolfram Jäger, Fraktionsvorsitzender, zeigte sich sehr erfreut über die zahlreichen Angebote des Hauses für Kinder und Jugendliche und sagte die weitere Unterstützung der CDU-Fraktion auch für solche Aktivitäten zu.

„Das Prinz-Max-Palais ist eine herausragende kulturelle Einrichtung unserer Stadt“, lobte Jäger. Die Besucherzahlen zeigten, dass die Bürgerinnen und Bürger dies genau so sehen. Weil das Gebäude in der Innenstadt optimal erreichbar sei, ziehe es gerade die wichtige „Laufkundschaft“ an.

Um die Aktivitäten im Prinz-Max-Palais einem noch breiteren Publikum bekannt zu machen und neue Besucher anzulocken, haben die Stadträte Wolfram Jäger, Marianne Krug und Dr. Hans-Jürgen Vogt folgenden **Antrag** an die Stadtverwaltung gerichtet:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, ein Konzept vorzuschlagen, mit Hilfe dessen das Prinz-Max-Palais in den Ferien auf Plakaten weiträumig beworben werden könnte.

Begründung: Das Prinz-Max-Palais feiert 2006 sein 25-jähriges Bestehen als Kulturzentrum. Das Palais kann auf eine wechselvolle und ereig-

nisreiche Geschichte zurückblicken. Es beherbergt nacheinander die Industrie- und Handelskammer, das Bundesverfassungsgericht und die Pädagogische Hochschule. Seit 1981 findet sich dort ein attraktives und vielfältiges kulturelles Angebot.

Wir meinen, dass das Prinz-Max-Palais mit seinen verschiedenen Einrichtungen in Karlsruhe, aber auch über die Stadtgrenzen hinaus weiter bekannt gemacht werden muss. Dieser in Deutschland einmaligen Einrichtung sollte die Möglichkeit eröffnet werden, mit Hilfe einer entsprechenden Werbemaßnahme ein noch breiteres Publikum nach Karlsruhe zu locken.

Die im Juni eröffnete Ausstellung „Sport in Karlsruhe“ könnte neben dem 25-jährigen Jubiläum des Hauses ein ansprechender Aufhänger für eine solche Plakatwerbemaßnahme sein. Würden die Plakate in den Ferien aufgehängt werden, könnte dies dazu beitragen, dass insbesondere Eltern mit Kindern das Palais besuchen.

Die Verwaltung hat darauf hingewiesen, dass eine zusätzliche Plakatwerbung einen zeitlichen Vorlauf benötige und die Sommerferien daher nicht mehr in Betracht kommen. Wir werden uns aber dafür einsetzen, dass bei anderer Gelegenheit frühzeitig über eine solche Werbemaßnahme nachgedacht wird.

CDU-Fraktion vor Ort ...in Hagsfeld

Eindeutiger Schwerpunkt des Bürgergesprächs im voll besetzten Saal der Hagsfelder Stuben waren Fragen rund um das Thema Verkehr.

Stadtrat und CDU-Ortsvorsitzender Thorsten Ehlgötz stellte die Pläne zum Autobahnanschluss Karlsruhe-Nord vor. „Aufgrund der neuen Abfahrt werden sich die Verkehrsströme sicherlich ändern“, erläuterte er. Solange ein Weiterbau nach Westen nicht erfolgt sei, seien für Hagsfeld verkehrliche Mehrbelastungen zu befürchten. „Daher sind bereits im Nachtragshaushalt 2006 Mittel für die Umgestaltung der Schwetzingen Straße, mit deren Rückbau inzwischen begonnen wurde, bereitgestellt worden“, so Ehlgötz. Weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen seien in Planung. Sowohl die Fraktionsvertreter wie auch Oberbürgermeister Heinz Fenrich sprachen sich erneut für eine Weiterführung des BAB 5-Anschlusses mindestens bis zur Haid- und Neu-Straße aus, denn nur so könne eine wirkliche verkehrliche Entlastung für Hagsfeld erreicht werden. Um die hierfür erforderlichen Geldmittel von über 60 Millionen Euro zu erhalten - die Straße muss tiefergelegt und unter den Bahngleisen durchgeführt werden -, müssten alle Kräfte gebündelt werden und die Verantwortlichen an einem Strang ziehen.

Kritisiert wurde das Fehlen von konkreten Umleitungshinweisen zur Sperrung der Schwetzingen Straße. Vor allem ortsunkundige Fahrer würden auf Feld- und sonstige „Schleichwege“ ausweichen.

Gefordert wurde zudem eine konsequentere Durchsetzung des Durchfahrverbots für Lkw über 2,8 Tonnen. Insbesondere aufgrund zu seltener Kontrollen werde dieses Verbot regelmäßig unterlaufen, so mehrere Anwohner.

Weiterhin wurde die Situation auf dem Landfaherplatz thematisiert. Stadtrat Sven Maier wies darauf hin, dass einige Familien dort bereits seit über 40 Jahren ansässig sind. Die Stadt habe die sanitären und infrastrukturellen Bedingungen bereits erheblich verbessert; die Sozialarbeit sei intensiviert worden. Aus verschiedenen Gründen sei aber eine Verlagerung des Platzes oder eine Umsiedlung einzelner Familien kaum vorstellbar, so Maier.

Abschließend dankte Fraktionschef Wolfram Jäger den Anwesenden für die rege Diskussion und sagte zu, dass die Fraktion die vorgetragenen Punkte „mitnehmen“ und Lösungsansätze diskutieren wird, denn „wir alle wollen schließlich das Beste für Hagsfeld erreichen“.

Die Fraktion wandte sich kurz nach diesem Gespräch an die Stadtverwaltung. In der Folge wurden zusätzliche Schilder zur Sperrung der Hagsfelder Ortsdurchfahrt angebracht. Zudem soll das Durchfahrverbot verstärkt kontrolliert werden; Ausnahmegenehmigungen seien nicht mehr erteilt worden. Regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen würden auch in Hagsfeld weiter durchgeführt werden.



Rege Diskussion in den Hagsfelder Stuben (v.li.: Stadträte Thorsten Ehlgötz, Wolfram Jäger, Bettina Meier-Augenstein)



Großes Interesse der Hagsfelder Bevölkerung am Gespräch mit der CDU-Fraktion

Umwegrentabilität der Karlsruher Messe- und Kongress-GmbH

Antrag der Stadträte Wolfram Jäger, Bettina Meier-Augenstein, Günther Rüssel und Bernhard Weick:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Umwegrentabilität der Geschäftsfelder der Karlsruher Messe- und Kongress-GmbH mittels einer wissenschaftlichen Studie der Universität Karlsruhe untersuchen und belegen zu lassen.

Begründung:

Aufgrund ihrer sogenannten Umwegrentabilität sind Messe- und Kongresszentren nicht nur ein besonderer Treffpunkt für interessierte Besucher, sondern zugleich ein wichtiges Instrument der regionalen Wirtschaftsförderung. Immer wieder werden jedoch diese volkswirtschaftlichen Gesamteffekte, welche eine Messe tatsächlich mit sich bringt, in Frage gestellt.

Mit Hilfe wissenschaftlicher Untersuchungen konnte an anderen Messestandorten belegt werden, dass Messen, Kongresse und sonstige Veranstaltungen spürbare positive Auswirkungen für das örtliche Hotel- und Gaststättengewerbe, Geschäfte und Einzelhändler sowie sonstige Wirtschaftszweige und insbesondere den Arbeitsmarkt nach sich ziehen. Auch die Höhe der jeweiligen messebedingten Umsätze konnte ziemlich genau bestimmt werden.

Würde die Umwegrentabilität des Messe- und Kongressstandorts Karlsruhe konkret und umfassend untersucht werden, wäre es künftig möglich, auf verlässliche, stichhaltige und vor allem wissenschaftlich belegte Argumente zurückzugreifen. Zugleich würden sich möglicherweise Hinweise auf solche Bereiche ergeben, die lediglich eine geringe Umwegrentabilität aufweisen und in denen Verbesserungen veranlasst werden könnten.

Die Stadträtinnen und Stadträte der CDU-Fraktion wünschen Ihnen sonnige und erholsame Sommerferien!

Wolfram Jäger
Bettina Meier-Augenstein
Christiane Staab
Manfred Bilger
Thorsten Ehlgötz
Gabriele Luczak-Schwarz
Tilman Pfannkuch

Ingo Wellenreuther MdB
Rainer Weinbrecht
Hubert Buchmüller
Andreas Erlecke
Dr. Klaus Heilgeist
Detlef Hofmann

Marianne Krug
Sven Maier
Dr. Thomas Müller
Günther Rüssel
Dr. Hans-Jürgen Vogt
Bernhard Weick